

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Aufstellen solcher Windenergieanlagen. Nach unseren Erkenntnissen ist die Abstandsregelung des Bundesfernstrassengesetzes völlig ausreichend. Das führt zu Abständen von 100 m plus - ich sage es noch einmal - Rotorradius.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen hat es bislang faktisch keinerlei Gefährdung von Menschen, insbesondere von Autofahrern, durch diese Anlagen gegeben. Deswegen halten wir diese Regelung für hinreichend und haben sie auch so in unseren Windenergieerlass aufgenommen.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Eine letzte Frage von Herrn Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Minister, wir werden uns sicherlich darauf verständigen können, dass die Einschätzung, dass bisher keine außergewöhnlichen Gefährdungspotenziale erkennbar waren, seit dem letzten Samstag angesichts des enormen Gefährdungspotenzials, das bei dem Brand der Anlage in Wünnenberg deutlich geworden ist, schlichtweg keine Gültigkeit mehr haben kann. Sie haben freundlicherweise gerade auch schon zugesagt, diesen Vorfall gebührend zu untersuchen. Bis wann werden nach Ihrer Meinung die Untersuchungsergebnisse vorliegen? Wären Sie bereit, diese dem Parlament unverzüglich zugänglich zu machen?

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Abgeordneter Papke, jetzt stellen Sie diese Frage zum dritten Mal. Ich bitte darum, dass wir die Kirche jetzt wirklich im Dorf lassen. Die Firma selber hat die Anlage abgebaut und ist an einer Aufklärung interessiert. Ich kann nicht sagen, wie schnell diese vorgenommen wird - jedenfalls ohne schuldhaftes Zögern.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Eine Zusatzfrage vom Kollegen Moron.

- Edgar Moron (SPD):** Herr Minister, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass es das Ziel der Landesregierung ist, Windkraftanlagen künftig vornehmlich an Autobahnen zu errichten? (C)

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Nein, da hätten Sie mich falsch verstanden. Ich habe nur gesagt: Da können geeignete Standorte gefunden werden, weil die Umgebungsbelastung - etwa durch Lärm und andere Immissionen - dort bereits hoch ist und Windkraftanlagen von daher einen geringeren Eingriff bedeuten können als anderswo. Das bedeutet nicht, dass wir die Bundesautobahnen jetzt mit Alleen von Windenergieanlagen zustellen werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Damit ist die Mündliche Anfrage 76 erledigt.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 77

des Herrn Abgeordneten Uhlenberg von der Fraktion der CDU: (D)

Zukunft der Landesgartenschauen in NRW

In der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 11. April 2002 hat der Vertreter des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz keine Perspektiven für die Landesgartenschauen in NRW nach 2005 aufzeigen können. Die im Kreis Warendorf für 2004 vorgesehene REGIONALE ist zumindest durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Frage gestellt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat die Landesregierung offenkundig überhaupt kein Konzept zur Zukunftssicherung der Landesgartenschauen in NRW. Dabei wird übersehen, dass von Landesgartenschauen große Impulse für die jeweiligen Regionen ausgehen.

Wie gedenkt die Landesregierung die Zukunft der Landesgartenschauen in NRW nach 2005 zu sichern?

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) Ich bitte hierzu die Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Höhn, um Beantwortung. Bitte schön.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, mein Haus hat im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz zunächst einmal, wie erbeten, zum Stand der für die REGIONALE 2004 vorgesehenen Landesgartenschau im Kreis Steinfurt Stellung bezogen. Was diesen Punkt angeht, den Sie ja auch in Ihrer Anfrage angesprochen haben, noch einmal kurz die Fakten:

Im Mai 1999 hat die Landesregierung die Vergabe und Durchführung der REGIONALE 2004 rechts und links der Ems beschlossen. Die Ausschreibung zu den REGIONALEN beinhaltet grundsätzlich das Angebot, im Rahmen der REGIONALE auch eine Landesgartenschau durchzuführen. Vonseiten des Kreises Steinfurt wurde signalisiert, dass man an der Durchführung einer Landesgartenschau interessiert sei.

- (B) Die Konkretisierung dieser Absicht hat dann allerdings sehr lange gedauert. Nach Ende des regionalen Abstimmungsprozesses kam es schließlich erst Mitte Dezember 2001 zur offiziellen Übergabe der Bewerbung um die Durchführung der Landesgartenschau 2004, die als Regionale Gartenschau, "ReGa", bezeichnet wurde. Weil die Bewerbung in einigen Bereichen - um es vorsichtig auszudrücken - unvollständig war, wurde der Region die Möglichkeit gegeben, fehlende Unterlagen und Angaben bis Ende Januar 2002 nachzuliefern. Dies ist dann auch zeitgerecht gelungen.

Dazu muss man sagen, dass für die Landesgartenschau, die 2005 in Leverkusen stattfinden wird, schon im Herbst letzten Jahres die ersten Pflanzungen begonnen haben. Also: Zwei Jahre vor einer Landesgartenschau die Unterlagen noch immer nicht vollständig zu haben, ist schon total knapp.

Aber wir haben die Unterlagen geprüft und sind zu der Überzeugung gekommen, dass die Unterlagen, die Ende Januar eingereicht worden waren, ausreichend sind. Wir halten sie für eine klare

- Konzeption. Auch inhaltlich wollten wir diese Landesgartenschau. (C)

Überlagert wurde diese Entscheidung zeitlich durch die ersten Diskussionen über den Haushalt 2003 im Kabinett. Es wurde klar, dass wir im Haushalt 2003 zu massiven Einsparungen kommen müssen. Das betrifft immerhin ein Einsparvolumen von 1,4 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass die Ressorts bei ihren Transferleistungen Einsparungen von über 60 % vornehmen müssen. 62 % und 68 % sind da im Gespräch. Da wurde klar, dass ein finanzielles Problem entsteht. Weil aufgrund der Zeitknappheit endlich auch die Region Klarheit haben musste - so oder so: man konnte nicht noch die Haushaltsberatungen abwarten -, dann hätte durch Zeitverzug die Entscheidung negativ ausfallen müssen. Also habe ich diese Angelegenheit im Kabinett beraten lassen. Das Kabinett hat dann entschieden: Die Landesgartenschau 2004, aber auch die Landesgartenschauen 2006 und 2007 werden nicht stattfinden.

- Deshalb muss ich zu der Frage, die Sie, Herr Uhlenberg, angesprochen haben, sagen: Ich schätze die Bedeutung und den Nutzen der Landesgartenschauen für die Kommunen, für den Gartenbau und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sehr hoch ein. Der große Erfolg der Landesgartenschau in Oelde hat noch einmal deutlich gemacht, dass Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen ein Erfolgsmodell sind. Wir hatten mehr Besucherinnen und Besucher als bei der Bundesgartenschau. Noch nie gab es eine so große Zahl interessierter Kommunen, die lieber heute als morgen eine Landesgartenschau durchführen würden. Trotzdem konnten wir uns des Problems der knappen Finanzen nicht entziehen. (D)

Es gibt also, Herr Uhlenberg, gute Gründe, das Thema Landesgartenschau nicht für immer zu den Akten zu legen. Insofern stimme ich Ihnen zu, dass es jetzt darum geht, sich über die Chancen eines langfristig tragfähigen und finanzierbaren Konzeptes sehr sorgfältig Gedanken zu machen. Ich meine, dass wir die Zeit, die wir jetzt haben, nutzen müssen. Denn wir werden natürlich auch in den nächsten Jahren noch Landesgartenschauen haben. In 2003 gibt es eine Landesgartenschau in Gronau und Losser - grenzüberschreitend -; 2005 gibt es eine Landesgartenschau in Leverkusen, die schon genehmigt war und für die die Arbeiten schon begonnen haben.

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Auch für die REGIONALE 2006 - Bergisches Städtedreieck Wuppertal/Solingen/Remscheid - gab es schon Signale, dass man nur schwierig die dezentrale Landesgartenschau anbieten kann. Die Entscheidung gegen die REGIONALE 2006 ist also auch von der Region nicht so dramatisch negativ empfunden worden, übrigens auch nicht vom Gartenbau.

Der Gartenbau und auch die Region finden die Entscheidung gegen 2007 sehr viel schwieriger. Ein erstes Gespräch mit dem Gartenbau habe ich auch schon anlässlich eines Termins geführt, den ich vor gut einer Woche in Minden-Lübbecke hatte. Jetzt müssen wir uns gemeinsam fragen: Wie können wir angesichts der knappen Finanzen - wir können natürlich auch überlegen, ob es langfristig wieder mehr Spielraum im Haushalt gibt - zu einem Konzept kommen, bei dem wir das fachlich Wünschenswerte und das finanziell Machbare miteinander verbinden? Deshalb ist aus Sicht der Fachministerin das Thema Landesgartenschau mit dieser Entscheidung des Kabinetts nicht langfristig vom Tisch. Wir müssen jetzt sehen: Was machen wir nach 2007?

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Frau Ministerin. - Zu einer Zusatzfrage Herr Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Frau Ministerin, die Entscheidung der Landesregierung, in den Jahren 2004, 2006 und 2007 keine Landesgartenschauen durchzuführen, bedeutet, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland ist, in dem keine Landesgartenschauen mehr durchgeführt werden. In Niedersachsen - ein finanzschwaches Land wie Nordrhein-Westfalen - werden zusätzliche Mittel für die Durchführung von Landesgartenschauen zur Verfügung gestellt.

Was sind die weiteren Argumente der Landesregierung, den Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen ein Ende zu bereiten, außer finanziellen Argumenten? Mir leuchtet angesichts der Größe des Haushalts in Nordrhein-Westfalen und auch der Größe des Einzelplans 10, über den Sie verfügen, nicht ein, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, in dem es in Zukunft keine Landesgartenschauen mehr gibt.

- Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Ministerin, bitte. (C)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass in meinem Haushalt die Mittel für die Landesgartenschauen - 10 Millionen DM pro Landesgartenschau - der höchste reine Landesfördertitel waren, den ich zu vergeben habe. Angesichts der Tatsache, dass man zwei Drittel dieser Maßnahmen einzusparen hat, muss man natürlich auch fragen: Wo stehen in diesem Haushalt die höchsten reinen Landesprogramme - das sind die Landesgartenschauen - zur Verfügung? Darunter fällt leider auch das Programm für Landesgartenschauen.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Kollege Sendker hat das Wort. Bitte.

- Reinhold Sendker (CDU):** Frau Ministerin, können Sie nach den Darlegungen im Fachausschuss und auch heute noch einmal ganz klar sagen, dass es sich um rein finanzpolitische und nicht um konzeptionelle Erwägungen als Hintergrund Ihrer Entscheidung zu der beabsichtigten Landesgartenschau "ReGa" im Kreis Steinfurt gehandelt hat? (D)

Sie haben darüber hinaus eben sehr klar gesagt, dass die Gartenschauen in der Vergangenheit immer eine große Dokumentation bürgerschaftlichen Engagements gewesen sind. Ihre Entscheidung jetzt ist natürlich eine Zurückweisung dieses vorbildlichen Einsatzes. Ich frage Sie: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, dieses Geld beim Haushaltstitel Öffentlichkeitsarbeit abzuwickeln? Die Bürgerverbände hätten es Ihnen gedankt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Um den ersten Teil Ihrer Frage zu beantworten: Es ist eindeutig so, dass wir das Konzept von

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Steinfurt geprüft haben, dass es sehr spät gekommen ist, dass wir auch darauf hingewiesen haben, dass es Schwierigkeiten macht, eine Landesgartenschau im Rahmen von zwei Jahren durchzuführen. Aber wir haben das Konzept, das letzten Endes im Februar geprüft worden ist, für sinnvoll gehalten, haben es fachlich positiv bewertet. Das haben wir auch dem Kabinett so berichtet.

Das heißt, die Entscheidung gegen die Landesgartenschau 2004 in Steinfurt ist einzig aus finanziellen Gründen gefallen. Sie musste auch schon im März fallen. Das ist logisch; denn wenn man auf die Haushaltsberatungen gewartet hätte, wäre das automatisch durch Zeitverzug eine negative Entscheidung gewesen. Dann wäre die Gartenschau ohnehin nicht mehr durchführbar gewesen. Der Kreis brauchte natürlich jetzt auch Klarheit, wie es weitergehen soll.

Ich will aber noch etwas zu den Landesgartenschauen an sich sagen. Wir haben unterschiedliche Landesgartenschauen erlebt. Eine der besten ist sicher die in Oelde gewesen. Ich habe auch sehr viele Gespräche mit den Gartenbauverbänden geführt. Ich glaube, dass wir insbesondere dann große Erfolge mit Landesgartenschauen haben, wenn wir sie im ländlichen Raum durchführen, wenn wir eine Identität der Bevölkerung mit der Landesgartenschau in der Region erreichen und wenn sie für die gesamte Region ein Highlight ist.

- (B) Es gibt auch Landesgartenschauen, die lange nicht so gut gelaufen sind, und auch Städte, die bei Landesgartenschauen ordentlich reingebuttert haben.

Das heißt, wir müssen natürlich eh auch über die Konzepte der Landesgartenschauen nachdenken. Man muss natürlich fragen: Ist eine Landesgartenschau traditionellen Typs besser? Ist eine dezentrale Landesgartenschau innerhalb einer REGIONALE besser? Wie geht man da vor? Eine Diskussion über die Langfristigkeit der Konzepte der Landesgartenschauen fand in der Landesregierung als schon seit einigen Monaten statt. Wir wollten auch einmal das Konzept der dezentralen Landesgartenschauen in der REGIONALEN ausprobieren.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass das Kabinett schon letztes Jahr entschieden hat, dass Landesgartenschauen nur alle zwei Jahre

stattfinden. Dieser Beschluss ist bisher nicht konkretisiert worden. Man muss sich fragen: Wie geht man mit den Landesgartenschauen um? Bisher liegen folgende Kabinettsbeschlüsse vor: Landesgartenschauen nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen und in den Jahren 2004, 2006 und 2007 keine Landesgartenschauen zu machen.

(C)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Kollege Wilp, bitte.

Josef Wilp (CDU): Frau Ministerin, ich denke, dass Sie wissen, dass in Rheine im Rahmen der REGIONALE die Landesgartenschauidee geboren wurde. Dann ist in Gesprächen mit Ihrem Haus das Ganze zu dem umstrukturiert worden, was Sie Dezentrale Regionale Landesgartenschau genannt haben. Dass das natürlich auch Zeit kostet, ist, glaube ich, allen klar. Man muss ja konzeptionell umdenken und die anderen mit ins Boot holen. Sie wissen ganz genau, dass wir einen Bereich entdeckt haben, mit dem wir schon einmal im Gespräch waren und der hinterher nicht mitgemacht hat.

(D)

Ich denke, dass Sie auch wissen, was gerade die Stadt Rheine zurzeit an Belastungen erlebt. Heute findet im Raum Rheine eine weitere Konversionskonferenz in Bezug auf die Bundeswehrstrukturreform statt. Rheine hat bereits Mittel in sechsstelliger Höhe für die Landesgartenschau ausgegeben. Können Sie nachvollziehen, dass diese negative Entscheidung, nachdem so lange darüber beraten worden ist, für uns unverständlich gewesen ist? Wir haben fest damit gerechnet; es sind Termine gesetzt und gehalten worden. Hätte es nicht doch eine Möglichkeit gegeben, diese Landesgartenschau auch vor dem Hintergrund der Identitätsfindung noch durchzuführen?

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Natürlich bedauere ich das. Für die Region bedauere ich das auch. Ich kann auch nachvollziehen, dass Sie da ärgerlich sind.

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Fehler sind sicherlich auf vielen Seiten gemacht worden. Dass es so lange gedauert hat, hat sicherlich damit zu tun, dass es ein neues Konzept und damit schwierig war. Das ist unbestritten. Deshalb ist auch darüber diskutiert worden, ob eine Landesgartenschau in der dezentralen Form, in der sie konzipiert wurde, dort überhaupt sinnvoll ist. Das ist eine schwierige Situation. Das gebe ich gerne zu. Man muss aber auch sagen, dass es wahnsinnig viel Zeit in Anspruch genommen hat. Ich verweise nur auf die Landesgartenschau 2005, also ein Jahr später: Da hatte die Stadt den Bescheid von der Landesregierung schon 2001 in der Hand. Da wir für 2004 aber so lange beraten haben, sind wir in diese schwierige Haushaltssituation hineingekommen. Wäre die Region schon in 2001 fertig gewesen, wäre es ihr genauso ergangen wie Leverkusen: Der Bescheid wäre da gewesen. Dann hätte diese Landesgartenschau natürlich auch stattgefunden. Aber der Bescheid der Landesregierung lag eben nicht vor. Deshalb musste aufgrund dieser schwierigen finanziellen Lage neu entschieden werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Kollege Uhlenberg.

- (B) **Eckhard Uhlenberg (CDU):** Ich habe eine Frage an den Herrn Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, Sie haben im vorigen Jahr mit großer Begeisterung die erfolgreiche Landesgartenschau in Oelde eröffnet - auch, weil es dort einen Investitionsmultiplikator von 1 : 5 gab. Das bedeutet: Für 1 DM an Landesmitteln fließen 5 DM an privaten Mitteln in die Landesgartenschau hinein.

Wie beurteilen Sie die Entscheidung der Landesregierung angesichts der Tatsache, dass im Freistaat Bayern - Sie haben auch immer die Aufgabe, den Vergleich zu Bayern herzustellen - schon Landesgartenschauen bis zum Jahre 2013 geplant werden, während Nordrhein-Westfalen im Jahre 2002 erklärt, dass es hier in Zukunft keine Landesgartenschauen mehr geben werde, was eine bewusste Benachteiligung des ländlichen Raumes ist?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident Clement.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Kollege, zu der Frage, wie ich die Entscheidung beurteile: Ich habe sie mit getroffen und halte sie für richtig. Sie ist unabweisbar notwendig. Sie ist ausschließlich finanzpolitisch begründet. Frau Kollegin Höhn hat insbesondere gegenüber den Kollegen, die die Region Rheine vertreten, unser Bedauern ausgedrückt. Das ist richtig. Das ist auch meine Ansicht und meine Haltung.

Genauso klar sage ich Ihnen: Dies ist der Anfang dessen, was wir tun müssen, um den Haushalt zu konsolidieren. Und das wird geschehen. Es wird noch öfter solche Debatten geben. Aber das wird nichts nutzen. Man kann im Leben nicht alles gleichzeitig haben. Wir müssen den Haushalt konsolidieren. Wir müssen die Ausfälle durch die wirtschaftliche Entwicklung auffangen. Wir müssen die gewollten Ausfälle durch die Steuerreform auffangen. Das alles führt zu einschneidenden Maßnahmen. Der Finanzminister hat das mehrfach deutlich gemacht. Hier haben wir mit der ersten Entscheidung auf diesem Feld zu tun.

Mit Bayern vergleiche ich mich sehr gerne. Ich würde andere Fälle aus Bayern hinzuziehen. Dass Bayern zurzeit eine bessere Haushaltssituation hat als Nordrhein-Westfalen, ist klar. Die Gründe dafür sind Ihnen auch klar. Die möchte ich nicht immer wieder diskutieren. Wir können hier aber gern diskutieren - nicht, dass Sie da Sorge haben.

Es ist keine Benachteiligung des ländlichen Raums. Landesgartenschauen finden in allen Teilen des Landes statt. Eine vorherige Landesgartenschau war, wenn ich mich richtig erinnere, in Oberhausen. Wir haben eine in Lünen und eine in Mülheim gehabt etc. Ich könnte das ziemlich schnell darstellen. Es ist umfassend und im ganzen Land geschehen.

Wir bedauern die Entscheidung. Ich würde nicht ausschließen, dass wir irgendwann zu Landesgartenschauen zurückkehren können. Aber dafür muss der finanzpolitische Himmel wieder etwas heller werden. Zurzeit ist er nicht hell. Es macht keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen. Diese Absicht haben wir auch nicht.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Kollege Becker, bitte.

(C)

(D)

(A) **Felix Becker (FDP):** Frau Ministerin Höhn, Sie haben die sehr hohe Bedeutung von Landesgartenschauen für das Land Nordrhein-Westfalen dargestellt. Ich glaube, darin stimmen wir alle überein.

Erste Frage: Können Sie nachvollziehen, dass die Abgeordneten im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz es als komisch empfinden, wenn bei der Beratung dieser Frage in diesem Ausschuss weder Sie noch Ihr Staatssekretär anwesend sind?

Zweitens. Sie haben eben ausgeführt, dass Sie die Landesgartenschauen in Ihrem Haushaltsplan an vorrangiger Stelle platziert haben. Ich glaube, Sie haben von 10 Millionen gesprochen. Wenn die Landesgartenschauen für unser Land so wichtig sind, muss man dann nicht die Schwerpunkte in Ihrem Haushalt vielleicht dadurch anders setzen, dass man auf Werbekampagnen verzichtet, die mehr oder weniger nutzlos verpuffen?

Dritte Frage!

(Ministerin Bärbel Höhn: Eigentlich darf er nur zwei Fragen stellen, oder? Sonst muss ich mir die gleich mal notieren!)

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Jetzt muss ich die Geschäftsordnung bemühen. Sie haben nur zwei Fragen, Herr Becker.

Felix Becker (FDP): Entschuldigung, Herr Präsident. Die Geschäftsordnung habe ich nicht auswendig gelernt. Ich ziehe die dritte Frage zurück.

Präsident Ulrich Schmidt: Ich auch nicht, aber ich weiß, dass nur zwei Fragen möglich sind. - Frau Höhn, bitte.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Becker, Sie wissen, dass die Ausschusssitzung, über die wir reden, eine auswärtige Ausschusssitzung bei der Firma Westfleisch war. Ursprünglich war gar nicht vorgesehen, da inhaltliche Punkte zu diskutieren. Dieser Punkt wurde kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt.

Wenn die Abgeordneten auswärtig tagen wollen, ist das ihr gutes Recht. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass wir Ihnen nicht bei jeder auswärtigen Sitzung dieselbe Besetzung mit Fachleuten und der Spitze des Hauses garantieren können wie bei einer Sitzung in Düsseldorf. Das war in der Vergangenheit immer so und war auch bei dieser Sitzung der Fall. Deshalb haben Sie diesen Punkt zu Recht auch auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt. Dann steht Ihnen natürlich auch die Spitze des Hauses zur Verfügung. Wir können diese Punkte in der Ausschusssitzung dann in Ruhe diskutieren.

Ihre zweite Frage betraf die Wichtigkeit von Landesgartenschauen. Herr Becker, die Landesgartenschauen sind eine wichtige Sache. Eine Landesgartenschau kostet das Land 10 Millionen DM. Das ist der Punkt. Wir sind bereit, 10 Millionen DM für eine Landesgartenschau auszugeben. Es kommen noch Mittel aus dem Naturschutzbereich und aus dem Städtebaubereich hinzu.

Ich muss bei den so genannten disponiblen Mitteln, die nicht gesetzlich festgelegt sind, einsparen. Dazu gehören z. B. auch Hochwasserschutzmaßnahmen. Sie können überlegen, auf welche Größenordnung Sie kommen, wenn Sie bei Hochwasserschutzmaßnahmen zwei Drittel der Mittel einsparen müssen. Von daher geht es hier um eine äußerst schwierige Haushaltsberatung. Da stehen zunächst hauptsächlich die reinen Landesmittel auf dem Prüfstand.

Denn ich muss versuchen, solche Mittel zu retten, bei denen ich eine Kofinanzierung aus Bundes- und EU-Mitteln erhalte. So bekomme ich beispielsweise für einen Euro aus Landesmitteln bis zu vier Euro von der EU und dem Bund dazu. Die Situation stellte sich so dar, dass ich eigentlich nur diese Mittel retten konnte. Herr Uhlenberg, in einer solchen Situation habe ich abzuwägen zwischen der Frage, ob es Zuschüsse für eine Landesgartenschau oder aber Mittel für den ländlichen Raum gibt, für die Landesprogramme zur Verfügung stehen, die vom Bund und der EU gegenfinanziert werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Natürlich hat der Antragsteller die Möglichkeit, auch noch eine dritte Frage zu stellen. - Herr Uhlenberg, bitte schön.

(C)

(D)

(A) **Eckhard Uhlenberg (CDU):** Frau Ministerin, unabhängig davon, dass es sich bei der Ausschusssitzung des brüskierten Ausschusses um eine Sitzung handelte, die in der langfristigen Terminplanung des Landtagspräsidenten bereits vorgesehen und damit keine kurzfristig angesetzte Sondersitzung war, frage ich Herr Vesper als Städtebauminister, der für die Finanzierung der REGIONALE zuständig ist:

Wie sieht es mit der Finanzierung der REGIONALE aus? Gibt es nach dem Aus für Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen, das damit in Zukunft das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland sein wird, in dem es keine Landesgartenschauen mehr geben wird, auch keine REGIONALE mehr? Oder stellt Ihnen die Landesregierung mehr Geld zur Verfügung als dem Hause Höhn?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Abgeordneter Uhlenberg, die REGIONALE 2004,

(B)

(Ministerpräsident Clement: Die es in keinem anderen Bundesland gibt!)

die es in keinem anderen Bundesland und erst recht nicht in Bayern gibt, die aber in Nordrhein-Westfalen als Zusammenführung von Natur- und Kulturräumen erfunden wurde und die in der Tat sehr viel größer ist als eine Landesgartenschau, wird im Jahr 2004 in der vorgesehenen Art und Weise links und rechts der Ems, also im Münsterland, stattfinden.

(Vorsitz: **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen**)

Das habe ich im Übrigen auch den münsterländischen Abgeordneten aller Fraktionen sowie den Landräten und Bürgermeistern in einem gemeinsamen Gespräch am 10. April 2002 mitgeteilt.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Zu einer weiteren Frage Frau Marianne Thomann-Stahl. Bitte.

(Das Platzmikrofon von Marianne Thomann-Stahl [FDP] lässt sich nicht aktivieren.)

(C) - Wenn Sie sich bitte noch einmal eindrücken würden. - Frau Thomann-Stahl, wenn Sie es bitte noch einmal versuchen würden. - Dann seien Sie doch so freundlich, das Mikrofon von Herrn Arentz zu benutzen. Bitte schön.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Es scheint jetzt zu funktionieren. Ich werde jetzt auch gleich zwei Fragen hintereinander stellen, damit es etwas einfacher wird: Herr Minister Vesper, nachdem der Kollege Priggen im Ausschuss gesagt hat, es würden ihm viel zu viele Bäume gefällt, wurde dargelegt, dies sei aus denkmalpflegerischer Sicht erforderlich, um die Sichtachsen wiederherzustellen. Ich hätte dazu gerne einmal Ihre Beurteilung gehört.

Frau Ministerin Höhn, ist es nicht vielleicht doch so, dass das, was Herr Priggen gesagt hat und Sie wiederholt haben, dass nämlich viel zu viele Bäume gefällt würden, dazu geführt hat, dass die ursprüngliche Konzeption der Landesgartenschau am Ende in erheblichem Umfang dazu beigetragen hat, dass sie doch nicht realisiert wurde?

(D) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Marianne Thomann-Stahl. - Bitte schön, Herr Minister Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Frau Abgeordnete Thomann-Stahl, das Konzept der Wiederherstellung des Bango in Steinfurt, einem von drei Standorten der ursprünglich geplanten regionalen Gartenschau, habe ich grundsätzlich als sehr attraktiv empfunden. Inwieweit dabei Bäume zu fällen waren, ist in der Region vielfach erörtert worden, auch mit dem fachlich zuständigen Umweltministerium. Die Frage, wie viele Bäume hätten gefällt werden müssen, kann ich aus dem Stand heraus nicht beantworten. Eine Beantwortung ist im Übrigen aber auch nicht notwendig, weil diese Maßnahme nach der Absage der Gartenschau ohnehin nicht in der vorgesehenen Form realisiert wird.

Wir haben gesagt, dass wir die Mittel für die REGIONALE, die im Rahmen der Städtebauförderung vorgesehen waren, in dem geplanten Umfang zur

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Verfügung stellen, sodass die REGIONALE stattfinden kann. Die Region überlegt jetzt, wie sie das Konzept im Einzelnen umsetzen wird.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Höhn, bitte.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Auch mein Haus hat im Zusammenhang mit Banjo nicht befürwortet, dass mehr als 1.000 Bäume gefällt werden. Nach Vorlage des Konzeptes haben wir schon im Februar gesagt, dass wir das nicht teilen, und uns mit der Region schon darauf verständigt, zu einem anderen Konzept zu kommen, das eine Fällung der Bäume zumindest im Umfang von über 1.000 nicht vorgesehen hätte. Die Region war schon bereit gewesen, das zu akzeptieren und etwas anderes vorzuschlagen. Das wäre im Übrigen möglich gewesen.

Generell geht es bei der Abwägung auch nicht darum, ob man in einzelnen Bereichen noch Gesichtspunkte hat, die zu klären sind. In Sachen Bango haben wir uns mit der Region geeinigt. Es war klar, dass das Ministerium die Fällung von 1.000 Bäumen nicht mitgetragen hätte. Vor allen Dingen hätten wir das nicht gefördert. Bei der Gelegenheit möchte ich erwähnen, dass man dafür noch Fördermittel von mehr als einer Million DM haben wollte.

- (B) Geprüft wird allerdings das generelle Konzept hinsichtlich seiner Tragfähigkeit. Das war klar, und klar war auch, dass wir uns zu Bango einigen würden. An der Stelle gab es nicht das Problem.

Herr Priggen hat Recht damit, wenn er sagt, dass das Ministerium es nicht in Ordnung findet, dass mehr als 1.000 zum Teil sehr alte Bäume gefällt werden sollten. Wir hatten uns allerdings - wie bereits erwähnt - mit der Region darauf verständigt, zu einem anderen Konzept zu kommen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Abgeordnete Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Frau Ministerin, ich denke, es ist unstrittig - das ist auch durch Ihre

Äußerung deutlich geworden -, dass Investitionen in Landesgartenschauen, wie das z. B. in Oelde geschehen ist, für die wirtschaftliche Entwicklung eines Raumes wichtig sind. Aufgrund haushaltspolitischer Entscheidungen soll in diesem Bereich nicht weiter investiert werden; der Ministerpräsident sagte, dass der Haushalt konsolidiert werden müsse.

Wenn ich mir aber die Haushaltsproblematik insgesamt und auch die verfassungsmäßige Fragestellung ansehe, stelle ich fest: Es sind weniger die Investitionsausgaben als vielmehr die konsumtiven Ausgaben, die die Probleme mit sich bringen, die Sie selbst verursacht haben und vor denen Sie nun stehen.

Insofern lautet meine Frage: Wäre es für die wirtschaftliche Entwicklung auch dieses Raumes nicht besser gewesen, in die Landesgartenschau zu investieren und dafür im konsumtiven Bereich, insbesondere bei den unsinnigen Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, zu sparen?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Vor allem bei der Polizei, bei den Lehrern, bei den Finanzbehörden! Also genau diese konsumtiven Ausgaben meine ich!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin Höhn, Sie haben das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Es geht nicht darum, dass wir das eine besser oder das andere schlechter fänden. Es geht vielmehr darum, dass wir massive Einsparungen vornehmen müssen. De facto muss in diesen Bereichen eine Diskussion darüber geführt werden, ob wir die EU- und Bundesmittel überhaupt noch einwerben können. Darum geht es, Herr Schemmer, und damit um eine vollkommen andere Dimension.

Überlegen Sie einmal, was es bedeutet, wenn ein Ministerium fast 70 % seiner disponiblen Mittel einsparen soll. Wir reden nicht mehr darüber, ob dieses oder jenes besser wäre. Wir stehen vor der Situation, dass wir ganz harte Schnitte machen müssen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Bitte schön, Herr Pick.

(C)

(D)

(A) **Clemens Pick** (CDU): Herr Ministerpräsident, eben haben Sie in Ihrer Antwort dargelegt, dass es hier im Hause künftig noch weitere Diskussionen über Einsparungsmöglichkeiten geben wird. In diesem Zusammenhang habe ich folgende Frage: Wird es, weil es nach 2004 keine Landesgartenschauen mehr gibt, zukünftig auch keine REGIONALE mehr geben?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister Vesper, bitte.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Es wird nach 2004 im Jahr 2006 eine REGIONALE im bergischen Städtedreieck von Wuppertal, Remscheid und Solingen geben. Sie ist von der Landesregierung bereits beschlossen worden. Darüber hinaus hat die Landesregierung im Kabinett zwei weitere REGIONALEN in den Jahren 2008 und 2010 - die eine in der Aachener und die andere in der Köln-Bonner Region - verabschiedet.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Warum finden diese statt und die anderen nicht?)

(B)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Vesper. - Weitere Fragen zu dieser Mündlichen Anfrage liegen nicht vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 78

des Herrn Abgeordneten Lorth von der Fraktion der CDU auf:

Landesstraßenbau hoffnungslos unterfinanziert; Ausmaß der kommunalen Vorfinanzierung von Landesstraßenbauprojekten als Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus in Nordrhein-Westfalen

Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion gibt es in Nordrhein-Westfalen mittlerweile die Möglichkeit zur kommunalen Vorfinanzierung von Landesstraßen. Dies ist eine Maßnahme, um den vom Land verschuldeten immer weiter anwachsenden Investitionsstau im Bereich des Landesstraßenbaus und der Straßenunterhaltung abzumildern.

Zahlreiche wichtige Ortsumgehungen und Netzschlüsse können wegen ausbleibender Landesmittel zurzeit nicht gebaut werden. Eine Aussicht auf eine Verbesserung besteht hier in einem absehbaren Zeitraum nicht, sofern nicht ein entschlossener Politikwechsel stattfindet.

Im Landeshaushalt 2002 ist in Kapitel 08 084 Titel 821 10 723 eine Verpflichtungsermächtigung von 10 Millionen Euro für den Zweck der kommunalen Vorfinanzierung von Landesstraßen vorgesehen.

Wie viele Maßnahmen zur Vorfinanzierung sind von den Kommunen beim Landesbetrieb Straßenbau in NRW beantragt worden, und um welches finanzielle Gesamtvolumen handelt es sich dabei?

Ich bitte den Herrn Finanzminister in Vertretung für den Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr um Beantwortung.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Ich unterliege der Peinlichkeit, dass ich in Vertretung meines Kollegen Schwanhold keine Unterlagen hierzu bekommen habe. Daher schlage ich vor, diese Frage schriftlich zu beantworten.

(D)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Sind Sie mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden, Herr Kollege Lorth?

Gerhard Lorth (CDU): Ich bin mit einer schriftlichen Antwort nicht einverstanden. Ich bitte darum, meine Frage in der nächsten Fragestunde zu beantworten. Bis dahin kann die Landesregierung zwischen Innenministerium und Verkehrsministerium abstimmen, inwieweit Regionalräte beteiligt werden sollen. Es geht mir hier um die gesamte Situation.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank. Wir werden so verfahren. - Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe auf: